

Erstreckt in Leipzig
 Willms & Co., Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für 3 Monate 1 Mk. 50 Pf. pro
 Quartal.
 Monats-Abonnement
 werden bei allen deutschen Postämtern
 auf den 2. und 3. Monat, und auf den
 6. Monat besonders angenommen; im
 Falle, Sachsen und Preußen, Sachsen-
 Weimar auf den 1. Monat
 des Quartals 1.50 Pf.
 Inzerate
 Herr. Verammlungen pr. Zeile 10 Pf.,
 Herr. Privatangelegenheiten und Heile pr.
 Zeile 20 Pf.

Bestellungen
 nehmen an alle Postämtern und Buch-
 handlungen des In- u. Auslandes.
 Verlagsgesellschaft.
 New-York: 201. Broadway. Genossen-
 schaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
 Philadelphia: 2. Bldg., 630 North
 2nd Street.
 J. Sed. 1129 Charlotte Str.
 Hoboken N. J.: J. W. D. Corp., 215 Wash-
 ington Str.
 Chicago: H. Sanderman, 74 Clybourne Ave.
 San Francisco: J. B. O'Connell, 418 O'Farrell Str.
 London W.: G. Savage, 8, New
 Golden Square.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Kr. 88.

Sonntag, 28. Juli.

1878.

**Parteienossen! Laßt Euch nicht provo-
 zieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht
 Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.**

Auf zur Wahl!

Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Tage der Reichstagswahl.

Unter den denkbar ungünstigsten, äußeren Verhältnissen tritt unsere Partei in den Kampf ein — man versucht es, dieselbe zu einer Verbrecherbande zu stempeln, und dumme, gläubige Ohren findet leider noch die elende Verleumdung, welche uns für die Thaten von Wahnsinnigen verantwortlich machen will.

Nachdem die politischen Parteien in solcher Weise auch die Polizei gegen uns aufgehetzt haben, läßt diese ihre ganze Macht gegen uns los, und wer die geringe Bildung kennt, welche namentlich in Preußen vielfach den unteren Polizeibeamten eigen ist, der kann sich einen Begriff von der Art und Weise dieser Verfolgungen machen; und wer mit dem Oberstaatsanwalt Krieger zu Mannheim der Meinung ist, daß die Kräfte das Menschengemüth zur Gewaltthätigkeit und Verwilderung drängen, der wird sich selbst ein Bild von dem Benehmen alter, früherer kriegslustiger Unteroffiziere gegen die „verbrecherischen Sozialdemokraten“ machen können.

Selbst die „Vossische Zeitung“ schreibt:
 „Gegen Sozialdemokraten wird Alles für erlaubt gehalten, sowohl das Recht von dem gesetzlich ausdrücklich erlaubten Austritt aus der Kirche in Frage zu stellen, wie den Gebrauch der gesetzlichen Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, sogar die Ausübung der im Handelsrecht ausdrücklich vorgeschriebenen Generalversammlungen zur geschäftsmäßigen Erledigung der Geschäfte von corporativen Betriebsgenossenschaften. Amtsvorsteher und andere mittelbare und unmittelbare Staatsbeamte verbieten nach Willkür Wahlversammlungen und schüchtern in ihrem Recht befindliche Wahlagenten ein.“

Die fortschrittliche „Tante Voss“ würde dies nicht schreiben, wenn nicht zu gleicher Zeit auch Fortschrittler und Liberale jetzt vielfach als Sozialdemokraten angesehen würden und von der Polizei ihren Lohn für die vielen an uns begangenen Verletzungen erhielten.

Die etwas aufgeklärteren Liberalen sehen auch schon an diesem Vorspiel, wie es ihnen bei dem Nachspiel gehen wird, wenn die Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie angenommen werden.

Aber trotz allen Verleumdungen, trotz allen Verfolgungen, trotz allen gegen uns in Szene gesetzten Gesetzesverletzungen, trotzdem also, wie eingangs des Artikels gesagt, unsere Partei in einer ungünstigen Kampflage sich befindet, haben wir nicht den Muth verloren. Wir stehen fest auf der Warte, denn wir kämpfen um die höchsten Güter der Menschheit, um Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit.

Deshalb werden wir auch am 30. Juli sammt und sonders unsere Schuldigkeit thun; wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln im Kampfe gegen die reaktionäre Masse unserer Gegner, und so werden wir auch aus diesem Wahlkampfe als Sieger hervorgehen.

So lange man unseren Muth nicht bricht, so lange wir die Ehre nicht verlieren, sind wir unbesiegt, da unsere Idee eine unbesiegbare ist, weil dieselbe in der historischen Entwicklung der Menschheit liegt.

Deshalb mag die gesammte Reaktion sich in das Westrennen steuern, es wird sich doch fortbewegen!

Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit kann man wohl für kurze Zeit in Fesseln schlagen, aber man kann sie nicht tödten. Sie werden die Fesseln brechen und das Volk im Sturmschritt weiter und zum Siege führen.

So war's noch zu allen Zeiten. Wurde eine wahre und gerechte Idee durch die Reaktion eine Zeit lang gehemmt, so brach sie sich bald darauf desto schneller Bahn; verfolgte und mordete man auch die Träger einer solchen Idee, neue Männer ergriffen die Fahne und die Geister der Märtyrer zogen dem Volke voran.

Alle Verfolgungen erwecken die Begeisterung und erhöhen noch den Muth für die gerechte Sache.

Unsere Sache aber ist gerecht, denn sie ist die Sache der Menschheit.

Und für diese Sache treten wir auch am 30. Juli in die Schranken.

Brüder, Genossen, Arbeiter und Bürger in Stadt und Land:
Auf zur Wahl!

Ziele und Agitation.

„Viele Ziele der Sozialdemokratie sind durchaus annehmbar“, so hören wir oft genug aus den Reihen der Liberalen und Conservativen den Ruf erklingen, „aber die Agitation der Sozialdemokraten zur Erringung auch dieser guten Ziele ist so wild und roh, so auf Umsturz bedacht, daß wir deshalb die an und für sich guten Ziele vorläufig unbeachtet lassen müssen.“

Auf solche Weise kommt man eben leichten Kaufes von der immerhin unangenehmen Verwirklichung der an und für sich „annehmbaren Ziele“ der Sozialdemokratie davon.

Und ist denn die sozialdemokratische Agitation wild und roh? Man sehe nur, wie gegenwärtig der Ordnungswibel an der Arbeit ist, wie Conservative und Liberale sich beschimpfen und prügeln. Geradezu harmlos erscheinen uns dann alle diejenigen Ausschreitungen unserer Partei in den langen Jahren der Agitation, die ja hin und wieder vorgekommen sein mögen.

Und kann dann die sozialdemokratische Agitation auf Umsturz bedacht sein, wenn sie zur Erreichung an sich für die ganze Menschheit erstrebenswerther Ziele eintritt? Es liegt ja ein innerer Widerspruch darin, wenn man der Sozialdemokratie das gerade vorwirft.

Sehen wir aber der Sache auf den Grund, so werden wir finden, daß es lediglich die Ziele der Sozialdemokratie sind, welche uns eine allseitige Begnerschaft zuziehen.

Unser Hauptziel ist ja bekanntlich eine auf gerechter Vertheilung der Arbeitszeugnisse bestehende Eigentumsordnung, welche den jetzt herrschenden Klassen besonders deshalb unangenehm ist, weil dann ihre Vorrechte schwinden und ein allgemeines soziales Volksrecht an deren Stelle tritt.

Und wenn man solche Ziele auch lediglich durch die Belehrung erreichen will, so zertrennt die herrschende Gesellschaft doch über eine unsittliche Agitation. Wie ergeht es denn z. B. dem Professor Dr. Wagner, der gleichfalls der jetzigen Eigentumsordnung vom Katheder herab entgegentritt? Auch ihm wirft man vor, daß er eine unsittliche, umstürzlerische Agitation betreibt!

Also ist lediglich dies Ziel der Sozialdemokratie, welches Gränzüberschreitung, Schwindelei, Schlemmerei, Unterdrückung und Ausbeutung, dann aber auch Noth, Elend und Lohnklaverei beseitigen will, den herrschenden Klassen ein Dorn im Auge und nicht die „wüste“ Agitation für ein solches Ziel. Oder ist es denn „wüste“ Agitation, wenn vom Katheder herab andere Eigentumslehren, wie die gegenwärtig herrschenden, verbreitet werden?

Wir finden aber, daß für die herrschenden Ansichten in Bezug auf die Eigentumsordnung die wühesten Agitationen von Seiten der „Ordnungsmänner“ gerade jetzt vor den Reichstagswahlen betrieben werden. Arbeiterentlassungen, rohe Bedrohungen Andersgläubiger, brutales Geschimpfe, Denunziationen — alles das betreibt man im Namen der heutigen Gesellschaftsordnung.

Wie schlecht aber muß eine Sache sein, für welche man mit so schlechten Mitteln streitet, durch solche unmoralische Agitation eintritt!

Und wie groß und edel müssen unsere Bestrebungen sein, daß ihre Verbreiter allen Verfolgungen zum Trost Stand halten!

Das Volk aber möge sich durch allerlei „liberale“ Phrasen in Bezug auf unsere Ziele und auf unsere Agitation nicht verwirren lassen:

„Man verwirft eben die Agitation wegen der „Ziele“ und die Ziele wegen der „Art und Weise der Agitation.“

Wir aber werden nimmermehr von unsern Zielen lassen und werden dafür agitieren, wie wir es eben können, und sollte auch deshalb die Polizei in Deutschland verdreifacht werden, und sollte auch an dem Hochstufes jedes Polizisten ein feiger liberaler Philister hängen.

Die Ziele der Sozialdemokratie sind eben Ziele der Menschheit, und die Menschheit wird schon Mittel und Wege finden, zu diesen Zielen zu gelangen.

„Aus dem Wege, Ihr Knirpse, daß Euch das Westrennen nicht zermalme!“

Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie.

V.

Von der Bodenrente.

(Fortsetzung.)

Anderer wie mit dem zum Acker- und Bergbau zc. bestimmten Grund und Boden verhält es sich mit dem städtischen Baugrund.

Auch sein „Werth“ ist natürlich kein Werth, sondern nur ein Preis. Während jedoch beim Acker zc. Grund hinter dem Preise „ein wirkliches Werthverhältniß verborgen“ ist, nämlich der höhere Ertrag an wirklichen Werthen, d. h. der Ertragsüberschuß (Bodenrente), beruht der (oft fabelhaft hohe) Preis des städtischen Baugrundes vollends auf reiner Fiktion.

Durch den ungeheuern, stetig wachsenden Zusammenfluß der Bevölkerung an einzelnen Punkten, den Großstädten (beiläufig eine der sinnlosesten und unheilvollsten Institutionen der bestehenden Gesellschaft), ist diese Bevölkerung genöthigt, sich in der Bezahlung des beschränkten Stückchens Grund und Boden, auf das sie sich nun einmal caprizirt hat und auf welchem sie sich häusgenüßig zusammenpackt, beifällig gegenseitig zu überbieten, und macht es so den Privat-Eigenthümern desselben, die faktisch im Besitze eines Monopols sind, möglich, sei es für die zeitweilige Benutzung (Miethe), sei es für die gänzliche Abtretung dieses kostbaren (obwohl durch und durch verkauften, mit den tödtlichsten Krankheitsstoffen erfüllten) Bodens immer höhere und höhere Preise zu fordern.

Ein beliebiger Einwand der Bourgeois-Oekonomen gegen die sozialistische Werththeorie ist es, zu fragen: Wenn wirklich alle Werthe nur durch Arbeit entstehen können, woher käme dann z. B. der oft enorme Werth des städtischen Grund und Bodens?

Jedem halbwegs Denkfähigen ist die Antwort nicht schwer. Nach dem Ursprung des „Werthes“ dieses monopolisirten Grund und Bodens fragen, ist um nichts gescheuter, als wenn man nach der Ursache des „Werthes“ irgend eines andern Privilegs, etwa des Staatsbankenmonopols, oder des Tabakmonopols, oder der Apotheken in Ländern mit Apothekenmonopol, wo die ersteren ja auch oft mit horrenden Preisen bezahlt werden, fragen wollte.

Es sind dies alles nur durch die augenblicklichen gesellschaftlichen Institutionen künstlich geschaffene, in Wahrheit aber rein imaginäre, weil auf keinem entsprechenden Gebrauchswert beruhende „Werthe“, die wohl die Vertheilung der realen Werthe unter die verschiedenen Klassen beeinflussen, mit der wirklichen Werthproduktion aber gar nichts zu thun haben.

Sie verschwinden, sobald die gesellschaftlichen Institutionen, denen sie ihr ephemeres Dasein verdanken, verschwunden sind. Sobald z. B. durch die communisistische Gesellschaft die (dringendst nothwendige) Auflösung der Großstädte und der Rückstrom der degenerierten Bevölkerung derselben in die freie Natur erfolgt, hat auch der unsinnige „Werth“ des städtischen Bodens sein Ende erreicht.

Der Baugrund Unter den Linden in Berlin, am Stephansplatz in Wien oder am Boulevard des Italiens in Paris wird dann um nichts mehr „werth“ sein, als jedes beliebige andere Stück Acker. (Die P. T. Herren Hausbesitzer werden gebeten, nicht in Ohnmacht zu fallen.)

Jene, die über den Ursprung solcher „Werthe“ spintifiren, kommen mir vor, wie Einer, der sich selbst erst eine kräftige Ohrfeige versetzt und hinterher tief sinnige Betrachtungen darüber anstellt, woher ihm wohl das schmerzhafteste Gefühl auf der Wade kommen mag? Erst schaffen sie selbst Monopole und dann zerbrechen sie sich den Kopf darüber, woher der „Werth“ derselben wohl stamme.

Wie grundverschieden diese imaginären Schwindel-„Werthe“ der Bourgeoisgesellschaft von den durch die Arbeit geschaffenen realen, weil wirklich nützlichen Dinge repräsentirenden Werthen sind, würde sich sehr bald offenbaren, wenn es der Gesellschaft etwa einmal einfiel, vom „Werth“ ihres städtischen Grund und Bodens, ihrer Bankprivilegien zc. leben zu wollen, wie sie von den realen Werthen, dem Brode, dem Fleische, dem Bier leben laun.

Ich fürchte, der Magen würde sie gar bald über das Windige jener „Werthe“ belehren und sie recht schnell veranlassen, zur Erzeugung der wirklichen zurückzukehren.

Ich komme nun zu einem Punkte, der, wie ich glaube, einige Aufmerksamkeit verdient.

Wir erklären die Arbeit aller Individuen für völlig „gleichartige menschliche Arbeit“ und sagen, dieselbe schaffe in gleicher Zeit auch immer gleiche Werthe. Das scheint mir nicht ganz correct. Denn es läßt sich doch nicht gut verkennen, daß der Arbeiter, der vermöge seiner größern Geschicklichkeit z. B. elf Drachbogen gelehrt hat, während sein Nachbar nur zehn, sein zweiter Nachbar aber nur neun fertig brachte, auch einen größern Werth geschaffen hat.

„Nun, deshalb sagen wir ja eben, daß der Tauschwerth jeder Waare auf dem Durchschnittsgrad von Geschicklichkeit der Arbeit basiert.“ wird man mir antworten.

Aber auch damit kann ich mich nicht für widerlegt ansehen. Der Tauschwerth von einer Arbeitswoche (ich nehme die Verhältnisse ganz willkürlich) würde sich hiernach also in 10 Drachbogen darstellen. Wie verhält es sich dann aber mit jenem Arbeiter, der unter diesem „Durchschnittsgrad von Geschicklichkeit“ zurückließ, nur 9 Bogen fertig brachte?

Er würde hiernach, da er nicht den vollen Tauschwerth abgeliefert, auch nicht die ganze Woche Arbeitszeit, d. h. die ganze von ihm vorausgabte „Muskel-, Hirn- zc. Substanz“, sondern nur neun Fünftel davon wieder ersetzt erhalten, könnte also auf die Dauer unmöglich weiter arbeiten. Und doch braucht die Gesellschaft seine Arbeit.

Ich meine, wir werden als Basis des Tauschwerthes der Waaren nicht die Durchschnittsgeschicklichkeit, sondern den geringsten Grad von Geschicklichkeit der Arbeit, dessen die Gesellschaft zur Deckung ihres Bedarfes bedürftig, annehmen müssen; genau so wie wir oben beim Grund und Boden die schlechteste Qualität derselben, und nicht etwa die durchschnittliche, als Basis zur Berechnung des Tauschwerthes der Bodenprodukte erkannten.

Denn da wie dort — bei der menschlichen Arbeitskraft wie beim Grund und Boden — haben wir es mit einem Produktionsfaktor zu thun, der sich nicht — wie etwa die Spinnmaschine — von uns gleichartig herstellen und in der gewünschten Qualität beliebig vermehren läßt; sondern wir müssen sie aus der Hand der launischen Natur entgegennehmen, so wie diese uns sie eben bietet, d. h. mit sehr ungleicher Produktivkraft, genöthigt, auch die geringste Kategorie zu benutzen und zu erhalten, weil wir ihrer eben bedürfen.

Wie steht es nun aber mit der besseren Arbeitskraft, welche in der gleichen Zeit mehr Werthe erzeugt?

Bevor ich diese Frage zu beantworten versuche, will ich das Gleiche noch an der „höhern“, der „complicirten“ Arbeit auseinanderlegen, wo das, was ich meine, noch klarer zu Tage tritt.

Bekanntlich definiren wir den höhern Werth der durch complicirte Arbeit geschaffenen Produkte oder Dienste aus dem zur Erwerbung der betreffenden Geschicklichkeiten und Kenntnisse vorher nöthig gewesenem „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand“, so daß die complicirte Arbeit nur als eine Verdichtung, ein Extrakt des entsprechenden Quantum einfacher „allgemein menschlicher“ Arbeit anzusehen ist.

Damit ist aber meines Erachtens nicht anzukommen!

Ran wird doch nicht etwa den hohen Werth der Leistungen eines Schiller, eines Newton, eines Raphael, eines ausgezeichneten Arztes zc. nur aus dem zur Erwerbung ihrer Fähigkeiten nöthig gewordenen „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand“ erklären wollen?

Was das Genie kann, das bringt alles Gebüffel, aller „Mühe-, Zeit- und Geldaufwand der Welt nicht zu Stande! Das sehen wir ja täglich in den Schulen. Der Eine kommt trotz allen „Mühs“ nie über die klägliche Unbedeutendheit hinaus, während sein Nachbar, vom Herrn Lehrer endgültig für einen „unverbesserlichen Taugenichts“, für ein „schädliches Mitglied der Gesellschaft“ erklärt (das ist ja bekanntlich eines der sichersten Erkennungszeichen des künftigen Genies), später die Welt durch die glänzendsten Leistungen überrascht. (Ich z. B. war immer ein sehr fleißiger Schüler.)

Wie verhält sich das nun: die größere Arbeit hat einen kleineren Werth erzeugt, die kleinere einen größeren, genau wie bei jenen beiden Flaschen Johannisberger und Gräberberger? (Siehe oben.)

Antwort: Wir werden auch hier eine Bodenrente — eine geistige Bodenrente, wenn ich so sagen darf — anzunehmen haben. Auch hier haben wir es mit dem Unterschied im Ertrage zweier gleichen Quantitäten Arbeit in Folge der verschiedenartigen Qualität des Naturfaktors zu thun. Dort war es die bessere Qualität des Erdbodens, hier ist es die bessere Qualität des geistigen Bodens, des Gehirns; dort wie hier Bodenrente (Ertragsüberschuß) in Folge der ungleichen Produktivkraft der Natur.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Allgemein zu empfehlen. Die „Vossische Zeitung“ hat Angst bekommen in Bezug auf den Ausfall der Wahlen. Nachdem sie nämlich der vielen Ungeschehnissen, welche in dem jetzigen Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten und auch gegen die Fortschrittler und Liberalen von Seiten der Behörden verübt werden, gedacht hat, fährt das genannte Fortschrittsblatt fort:

„Das öffentliche Rechtsbewußtsein ist durch solche Nachrichten auf das Außerordentliche bedroht und kann nur durch eine gründliche und unparteiische Untersuchung über Wahrheit und Unwahrheit beruhigt werden. Namentlich würde zu untersuchen sein, ob Eulenburg II. und die anderen Minister allgemeine Wahlvorschriften erlassen haben, wie sie von Eulenburg I. und seinen Kollegen zur Zeit erlassen wurden. Das wäre schon schlimm genug, sollte es sich aber bloß um den kleinen Krieg, die Guerilla der Subalternen gegen die Verfassungsrechte der Nation und ihre Befehle handeln, so wäre das eine schlimmere Anarchie, als irgend eine zeretzende Partei auszuüben vermag. Darüber Licht zu verbreiten wird vor aller allgemeinen und Ausnahme-Gesetzgebung die erste Pflicht des Reichstages sein und dazu sind ihm aus allen Theilen des Reiches beglaubigte Materialien zur Verfügung zu stellen.“

Auch wir haben unsere Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß sie alle Fälle politischer Einschüchtigungen in die Wahlbewegung genau registriren und in Wahlprotesten an den neuen Reichstag einbringen sollen; im Anschluß an den Wink der „Vossischen Zeitung“ wiederholen wir diese Aufforderung hierdurch noch einmal.

— Wahlmanöver. In London vegetirt ein Blatt, „London Journal“ genannt, welches, von einigen Renegaten herausgegeben und redigirt, sich die größte Mühe giebt, aus dem Replikentfond Unterstützung zu beziehen. Das Blatt hatte bereits bei der Anwesenheit des preussischen Kronprinzen alle mögliche Gelegenheit gesucht, um eine gewisse Bedeutung zu erlangen. Durch lügenhafte Berichte über Demonstrationen u. s. w., welche wir damals richtig stellten, ist es dem Blatte gelungen, sich eine gewisse Bedeutung zu verschaffen. Auch gegenwärtig hat das Blatt einen lügenhaften Bericht gebracht, der nun die Runde durch sämtliche Reptile, wie z. B. „Deutsche Allgemeine“, „Leipziger Tageblatt“ u. s. f., macht. In Hamburg hat ein gewisser May dies auch für die Wahlen auszuweiden gesucht, was nun Genosse Geib zu folgender Erklärung im „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ veranlaßt:

„In der Sonnabend-Berufsammlung des liberalen Reichstags-Bahlvorstandes hat Herr Dr. May erklärt, das Geld zur Gründung eines angeblich neuen kommunistischen Blattes in London, woraus Herr Dr. May einige schaurige Stellen citirte, sei von hiesigen Sozialisten gezahlt worden. Diese Behauptung ist unwahr und offenbar wider besseres Wissen gemacht. Die hiesigen, wie überhaupt die deutschen Sozialisten haben nichts gemein mit einem Blatte, das der internationalen Spionage in der Verächt-

lichmachung des Sozialismus gegen klingende Münze Dienste leistet. So wenig Herr Dr. May Sozialdemokrat ist, so wenig sympathisiren die deutschen Sozialisten mit anarchisirenden Polizeiorganen. Ferner hat Herr Dr. May erklärt, von hiesigen Sozialisten sei nach London Geld geschickt worden, um die bekannte Demonstration gegen den deutschen Kronprinzen, welche übrigens nicht dem Kronprinzen, sondern einem servilen Dr. Juch und seinen Trabanten galt, hervorzurufen. Auch diese Behauptung des Herrn Dr. May ist unwahr. Nicht minder ist unwahr, daß deutsche Sozialisten von jener Demonstration vorher gewußt haben sollen. Von hiesigen Sozialisten ist zu propagandistischen Zwecken überhaupt niemals Geld nach London geschickt worden, es müßte denn sein, daß der liberale Reichstags-Wahlverein von seinen auf so rühmliche, honette Weise „gesammelten“ Geldern unter dem Titel „von einem Polizei-Nihilisten“ — den ihm so sinnverwandten Anarchisten eine Gabe gesendet hätte. Meine Parteigenossen in London sind eben andere Leute, wie die Bumänner des „wahrheitsliebenden“ Dr. May.

Hamburg, 22. Juli 1878.

Merkwürdig! Früher hieß es immer, wir ständen mit London in Verbindung, wir Deutschen erhielten von dort unsere Ordres, — jetzt soll sich auf einmal das Blatt gedreht haben! Was doch diese Reptile für Esel sind — auf solchen faulen Fäulern hineinzufallen; solche Wahlmanöver sind doch gar zu plump.

Ein besseres Wahlmanöver hat die „Post“ entdeckt, sie bringt die Nachricht, die Sozialdemokraten wollten am 30. Juli Barrikaden bauen! Das soll nun den Spießbürger gruselig machen, aber selbstgeschossen, die Spießbürger haben sich schon längst überzeugt, daß die Sozialisten viel zu gecheut sind, um — auf den reaktionären Leim zu gehen!

— Die „Magdeburger Zeitung“ hat die „Erklärung“ unseres Genossen Hasencleber, die in der letzten Mittwochsnachricht, zum Theil und mit einer allerdings etwas lauen Entschuldigung abgedruckt. Dabei sei aber bemerkt, daß das Blatt gerade den Theil der Erklärung unterdrückt hat, in welchem die Unwürdigkeit der herrschenden Presse in Bezug auf das Reporterwesen so scharf verurtheilt wird.

— Der Denunziationsstich fängt man nun doch endlich an ein Ziel zu setzen. Man schämt sich nachgerade der sauberen Burschen, und auch die Richter beginnen in ihrem Bestrafungseifer etwas milder zu werden. Man hört hie und da von Freisprechungen. So erzählt uns ein Genosse aus Ingolstadt (in Bayern), daß in einer dortigen Fabrik ein Vatermörder, um sich beim „Herrn“ einen guten Namen zu machen, den österreichischen Arbeiter H. wegen Rosenkranzbeleidigung denunziert und derselbe auch verhaftet worden sei. Der „Herr“ aber war so entsetzt über seinen Vatermörder, daß er ihn zum Teufel jagte. Der Fall Piloty ist eben noch in frischem Andenken und der gesunde Sinn des bayerischen Volks wird bald das Richtige herausfinden.

— „Ja Bauer, das ist ganz etwas Anderes!“ Dieses beliebte Thema variiren die Liberalen und Fortschrittler in Hinblick auf unsere Partei jetzt täglich. Werden die Sozialdemokraten unterdrückt, so ist das ganz gerecht, tritt aber den Herren Liberalen in derselben Weise jemand zu nahe — dann erdnt das helle Gezeiter über Unrecht und Unterdrückung. Die „Frankfurter Zeitung“ giebt den Liberalen in Bezug hierauf eine recht dicke, aber verdiente Lektion. Das genannte Blatt schreibt:

„Man erinnert sich wohl der hochgradigen Entrüstung, mit der auf liberaler Seite die sozialistische Parole gegen die Inquisition der Arbeitgeber, das: „Verspricht und unterschreibt Alles, was man von Euch verlangt!“ aufgenommen wurde. Da habt Ihr, hieß es, die Unmoral dieser Sozialisten, Nichts ist ihnen heilig. Daß für diese Unmoral diejenigen verantwortlich zu machen seien, die den Arbeiter mit dem Gewissen-zwang foltern, daß auf dieser Folter alle Ehrlichkeit schwinden

immer weiter um sich greifende Bewegung sahen. Die Finen haßten Athen, weil sie von demselben ausgebeutet wurden; die Anderen haßten es, weil die Früchte der Ausbeutung nicht einigen Wenigen, wie in Sparta, sondern dem ganzen Volke zu Gute kamen. Es bedurfte bloß der Vereinigung Beider, um Athens Sturz unvermeidlich zu machen.

In Athen selbst war die aristokratische Partei immer schwächer geworden, so schwach, daß sie sich schließlich nicht mehr an's Tageslicht wagte, und nur mehr in geheimen Gesellschaften, Delirien, fortvegetierte, und nicht durch Wort und That, sondern durch Intriguen und kleinliche Visten sich Einfluß auf die Staatsverwaltung zu verschaffen suchte. Wie das auch heutzutage noch vorkommt, jaß sie die Ursache des Anwachsens der demokratischen Bewegung nicht in den Verhältnissen, sondern lediglich in den Personen, und nach dem Tode des Perikles und später Kleon's war es die glänzende Persönlichkeit Alkibiades', auf welche der Haß der Aristokraten sich concentrirte. Wenn sie ihn und seinen Anhang vernichteten, dann hofften sie mit leichter Mühe wieder Einfluß zu gewinnen. Offen die demokratische Partei zu stürzen, war unmöglich, man mußte zu einer gemeinen List greifen, auf die Dummheit und Leichtgläubigkeit der Massen spekuliren, und den Demokraten eine That unterschreiben, welche alle Gefühle des Durchschnittsathener's zu empören geeignet war. Am ehesten war dies möglich auf religiösem Gebiete. Die moderne Aufklärung, die Freigeisterei der Sophisten, der die Führer der Demokratie huldigten, war noch nicht in das Volk gedrungen, doch immer verhielt sich dieses ablehnend gegen sie; hier war ein Riß zwischen den Demos und den Demokraten, hier mußte man den Keil einsehen, um sie zu trennen.

Am Morgen des 11. Mai 415 durchlief eine bange Unruhe die Stadt Athen. Die Bildsäulen des Gottes Hermes, welche in großer Menge am Marktplatz und an den Straßenecken standen, waren in der Nacht fast sämmtlich einem schändlichen Attentate zum Opfer gefallen. Bald verwandelte sich die Unruhe in fieberhafte Aufregung, je mehr man die Ausdehnung des Verbrechens über sah.

Unerhör't in Athen war bisher eine solche Verhöhnung aller religiösen Gefühle, unerhör't ein solcher Frevel, besonders in den Augen der Conservativen, welche nicht laut genug die Schändlichkeit eines solchen Attentates hervorhoben, nicht eifrig genug nach seinem Urheber fahnden konnten. Unter ihnen nach demselben zu suchen, fiel natürlich Niemandem ein, die Neuerer mußten es sein, welche den Uebelthäter in ihrer Mitte beherbergten, und diejenigen unter ihnen, welche nicht unmittelbar Schuld tragen an der Schändung der Götterbilder, trugen sie mittelbar, indem sie frivolen Unglauben und Zweifel an Allem und Jedem verbreiteten. Die ganze neuere Richtung, welche jede Scheu vor dem Alten und Heiligen bekämpfte, sie war die Urheberin der Frevelthat, sie mußte vernichtet werden, wollte man den Staat retten.

So sprachen die Aristokraten, und da sie planmäßig vorgingen, ward das erschrockte, geängstigte, aufgeregte Volk leicht zu sinn-

müsse, das wollte den Herren nicht einleuchten und das gesittete „Pfui“ machte die Kunde durch die liberale Presse. Nun aber bringt ein liberales Blatt, die „Nieler Zeitung“, folgende Mahnung und Aufforderung an die Wähler: „In besonderer Veranlassung machen wir auf das Folgende aufmerksam: Es ist unzulässig, daß ein Beamter (Landrath, Amtmann, Gendarm, Polizeidiener) unter Vermeidung seiner amtlichen Eigenschaft einem Wähler das Versprechen abfordert, für einen bestimmten Candidaten zu stimmen. Das Versprechen ist an sich unzulässig, auch wenn es schriftlich gegeben und eingefordert ist.“ Ein mündlich gegebenes Versprechen, eine Unterschrift — unzulässig — da haben wir die liberale Moral, ein ledern Wamm's, das man je nach Belieben auf der einen oder andern Seite trägt. Wenn der Arbeiter die Wahl hat zwischen Hunger oder Unterwerfung, dann soll ihm das erpreßte Wort heilig sein, wenn aber der liberale Wähler feige genug ist, sich einem Händebrud oder einem weniger freundlichen Wink des Herrn Landraths oder Amtmannes zu fügen, dann ist's ihm erlaubt, sein Wort zu brechen. Und das rühmt sich, Ehrlichkeit und gute Sitte gegen rothe und schwarze „Fesuiten“ zu vertreten, das macht den Anspruch, der Tugendspiegel zu sein, in dem die Sozialisten ihre „Häßlichkeit“ schauen sollen. Mit Ekel wendet man sich ab von solcher Heuchelei, von dieser Voksallogie, die sich darauf feist, den Gärtner zu machen.“

Wir haben dieser trefflichen Abfertigung „liberalen“ Dünkels und „liberaler“ Ehrenhaftigkeit weiter nichts hinzuzufügen.

— „In einer großen Kaserne wollen die Sozialdemokraten das Volk unterbringen“ — so fabelte und fabelt noch immer der bekannte Schimpf-Eugen, die Fierde der deutschen „Sumpfpflanzen“; wir können ihm jetzt ein anderes und jedenfalls ein zutreffendes Objekt für seine Schmäreden geben. Der „Staatssozialist“, der manchmal von einer merkwürdigen Confusion befallen wird, schreibt nämlich:

„Wir fühlen uns, abgesehen von allen anderen Rücksichten und Aufgaben, außer Stande, einer Verminderung unseres Kriegsheeres das Wort zu reden. Gerade hier ist die Aufgabe bereits gelöst, die Monarchie zu einem sozialen Königthum auszugestalten, sodas sich die weitere Aufgabe darauf beschränkt, das dort bestehende Verhältniß auf die Gesamtheit unserer Institutionen zu übertragen.“

Wenn es nach dem „Staatssozialist“ ginge, dann allerdings würden wir bald lediglich uniformirte Menschen haben, wofür wir uns bedanken. Herr Eugen aber redet der Verminderung des Heeres gleichfalls nicht das Wort — also eine Seelenverwandtschaft zwischen ihm und den Christlich-Sozialen; während unsere Partei jetzt noch thatsächlich die einzige ist, welche gegen den Militarismus und das Kasernenthum agitirt.

— In Italien ist das Volk mit den Resultaten des Berliner Congresses nicht zufrieden — man ist empört über die Verschärfungen der Balkanvölker. Es fanden in allen größeren Städten Versammlungen statt, in Rom z. B. unter dem Vorsitz Renotti Garibaldi's, welche entschieden das Selbstbestimmungs- und Nationalitätsrecht der Balkanvölker gewahrt wissen wollen. Dorein mischt sich das Verlangen nach Befreiung der noch unter österreichischer Herrschaft stehenden italienischen Volksstämme, hauptsächlich Triests. Daß diese Bewegung nicht zu unterschätzen ist, geht daraus hervor, daß der Minister des Auswärtigen, Graf Corti, seinen Rücktritt erklären wird. In Italien scheint man den Constitutionalismus ernst zu nehmen.

— Ueber die in der letzten Nummer gemeldete Auflösung der Generalversammlung der Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei meldet die „Berliner Freie Presse“, daß sich Genosse Kadow zum Polizeipräsidenten v. Madai begeben und bei demselben beschwert habe. Derselbe hat sein Erstaunen über das Vorgehen des Revierlieutenants ausgesprochen und be-

Eine Attentatsgeschichte.

Die Geschichte, die ich erzählen will, spielt in Athen, aber nicht in Spree-Athen, sondern im wirklichen Athen, was schon daraus hervorgeht, daß sie in das Jahr 415 vor Beginn unserer Zeitrechnung fällt.

Athen war damals auf der Höhe seiner Macht. Der Erbfeind, die verkommenen Perser, welche in freiem Uebermuth herangerückt waren, das kleine, uneinige Griechenland zu unterjochen, war zu schmähtlichem Rückzuge gezwungen und im eigenen Lande angegriffen worden.

Nicht Sparta, Athen war es gewesen, welches sich an die Spitze der nationalen Erhebung gestellt hatte, welches seitdem der leitende Staat Griechenlands war. So wie das revolutionäre Frankreich sich gegen den Ansturm Europas nur hatte retten können durch eine Einsefflung aller Volkskräfte, so war auch Griechenlands Rettung nur möglich gewesen durch eine begeisterte Erhebung des ganzen Volkes zu gemeinsamem Kampfe.

Nicht das aristokratische Sparta mit seinen Periklen und Deloten, nur das demokratisch angelegte Athen war fähig, diese selbstlose Begeisterung zu entzünden. Der Sieg war daher nicht nur ein Sieg der Griechen über die Perser, sondern auch ein Sieg der Demokratie über die Aristokratie. Das niedere Volk, der Demos, hatte in den Perserkriegen seine Tüchtigkeit gezeigt, es hatte den Staat gerettet, in Athen war es unmöglich, ihn länger noch den geblühten Antheil an der Regierung vorzuziehen. Aristides selbst, der Vertreter des Conservatismus, stellte nach den Schlägen von Salamis und Plataea den Antrag, daß die Bürger aller vier Vermögensklassen gleiche Berechtigung zu allen Staatsämtern haben sollten, nachdem schon durch die Gesetzgebungen Solon's und später Kleisthenes auch den Armeren Antheil an der Gesetzgebung eingeräumt worden war.

Dieser Sieg der Demokratie war jedoch nicht die einzige Folge der Perserkriege; die Entwicklung Athens zu einer Großmacht war die zweite. Die Inseln des ägäischen Meeres und die Städte an der Küste Kleinasiens wurden von persischen Joche befreit und von Athen zu einem Bunde vereinigt, der ursprünglich nur zur Abwehr gegen die Perser bestimmt war.

Aber wie es in einem Staatenbunde gewöhnlich zu geschehen pflegt, erlangte auch hier der mächtigste Staat, Athen, welches ursprünglich bloß die erste Stadt des Bundes gewesen, allmählich die Herrschaft über die Bundesmitglieder, aus Bundesgenossen wurden Unterthanen, aus den Beiträgen in die Bundeskasse Tribut. Immer schroffer wurde die Behandlung der Bundesgenossen, immer drückender die Tribute, je mehr Athens Macht stieg; immer mehr betrachtete sich das athenische Volk als Herr, der von den Bundesgenossen erhalten werden müsse.

Mit dem Anwachsen von Athens Macht wuchsen daher auch seine Feinde, und in viel schnellerem Verhältnisse, als jene. Es wuchs die Zahl der unzufriedenen Bundesgenossen und es wuchs die Zahl derjenigen Aristokraten, welche mit Entsetzen auf die

lofer Wuth gegen Alle entflammte, welche gegen die Religion, die Grundfeste des Staates, sich vergangen hatten. Aus der Unterjochung über den Hermenvrevel wurde eine Unterjochung über die religiöse Haltung der Bürger. War Anfangs dem Denunzianten der Urheber der Hermenverschöpfung eine Belohnung versprochen worden, so wurde jetzt Jedem eine Belohnung ausgesetzt, der irgend ein religiöses Vergehen zur Anzeige brachte. Und nun regnete es Anzeigen, Hinrichtungen und Confiskationen en masse, welche besonders den Kreis des Alkibiades trafen. Das Volk geberdete sich wie wahnfinnig, alle Bände waren gelöst, der Freund verrieth den Freund, die Gattin den Gatten, der Sohn den Vater; Schuldige und Unschuldige wurden eingekerkert, die Anklage der Verurtheilung gleich und selbst die absurdeste Ausstellung gläubig hingenommen. Den Höhepunkt erreichte das sinnlose Treiben, als ein gewisser Diokleides die Anzeige erstattete, er habe 42 Athener im Mondenscheine bei der Verstämmelung der Hermen bemerkt: Grund genug, um die Verfassung zu suspendiren, die Folter für zulässig zu erklären und die Bürgerschaft Tag und Nacht unter den Waffen zu halten. Eine solche Furcht vor inneren und äußeren Feinden hatte sich der Bürgerschaft bemächtigt, daß das unbedeutendste Ereigniß ihnen den Untergang des Staates vor Augen führte. Daß an der ganzen Anzeige des Diokleides schon deswegen nichts Wahres sein könne, weil der Hermenvrevel bei Reumont verübt worden, fiel den Athenern erst später ein. Inzwischen hatten sie Zeit gehabt, zur Besinnung zu kommen, und wurden nun durch diese Wahrnehmung vollends ernüchert. Wie aus einem schweren Rauche erwachten sie, und als sie jetzt zurückblinckten und bedachten, daß Athen durch die Aussage einiger Schamlosen und erlauchten Lügner in ein Tollhaus verwandelt worden, da erfaßte sie tiefe Beschämung. So sehr schämten sie sich des unwürdigen Benehmens, zu dem sie das Hermenattentat hingerissen, daß sie nicht mehr daran erinnern sein wollten.

Die Komödie vertrat damals die Stelle der heutigen Witzblätter, sie geißelte die Personen und Ereignisse des Tages. Bis dahin war sie in Athen fast ohne Schranken gewesen, damals aber wurde ein Gesetz durchgebracht, welches den Komödiendichtern alle Anspielungen auf die Tagesereignisse verbot.

So war der tolle Wirbelwind, der dem Attentate folgte, vorbeigezogen, ohne daß die Conservativen ihr Ziel erreicht hätten: nach einem kurzen Delirium waren die alten Zustände wieder zurückgekehrt. Und dennoch war das klägliche Schauspiel, welches Athen damals bot, ein warnendes Zeichen. Der Instinkt sagte dem Volke, auf wie schwachen Füßen der athenische Staat stehe, wie jedes außergewöhnliche Ereigniß hinreichte, ihn über den Haufen zu werfen.

Die Ungewißheit, die Kängigkeit, welche jeder Besitz erzeugt, der auf der Arbeit Anderer basiert und daher durch die eigene Arbeit nicht wieder ersetzbar ist, welche den Besitzenden bei dem unheimlichsten Vorkommniß erzittern läßt, in der der Proletarier in den größten Stürmen ruhig schläft, dieses Hangens und Bangens in schwebender Pein war die Ursache, weshalb das

hauptet, daß der Mann ohne Auftrag, nur im Uebereifer gehandelt haben könne. Er habe bereits Befehl erteilt zur Untersuchung der Sache. So, — das kommt davon, wenn man bis an die äußerste Grenze des gesetzlich Zulässigen gehen will, da hat schließlich jeder Nachwächter das Recht, nach freiem Belieben im Staate zu schalten und zu walten. Passiren wird ja dem Manne nichts, und die Genossenschaftler — nun, die haben einfach das Geld für ihre Fahrt nach Berlin zum Fenster hinausgeworfen, denn zum Vergnügen wird wohl jezt Niemand nach Berlin fahren.

— Vom Kriegsschauplatz. Genosse Knobloch von Entripisch (bei Leipzig) wurde zu drei Monat Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Der Demuziant ist ein gewisser Neumann, ein Geschäftsfreund Knobloch's. — Im 22. Wahlkreis wurde Genosse R. Müller wegen Verbreitung von Flugblättern verhaftet, aber wieder freigelassen.

Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Von G. R. (Fortsetzung.)

Weiter pag. 20 sagt uns Herr Bamberger: „In Deutschland, wo das Klassenwesen noch nicht vom Bürgerthume aufgezogen ist, wo jeder Sondertheil seine Ansprüche festhält, oder neue erhebt, keiner sich mit dem Ganzen vollkommen Eins fühlt, ist dieses Ganze unendlich größerer Gefahr ausgefetzt, als anderswärts.“

Wen wollen Sie mit jenen „Sondertheilen“ bezeichnen? Doch offenbar nur die verschiedenen politischen Parteien als Produkte der zu Grunde liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Wo aber, Herr Bamberger, ist denn das Klassenwesen vom Bürgerthume aufgezogen worden? Sie sagen uns das natürlich wieder nicht, und doch wäre es höchst interessant gewesen, darüber von Ihnen belehrt zu werden. Dachten Sie etwa an England, als Sie Obiges schrieben? Unmöglich, denn Sie sind unzweifelhaft, um von den verschiedenen Schattirungen gar nicht zu reden, mit dem ewigen Kämpfen um die Herrschaft der Tories und Whigs bekannt, welche eben das Ringen der Aristokratie mit dem Bürgerthum darstellen, und ebenso gewiß sind Sie unterrichtet von den kolossalen Strifes, die ja in England Dimensionen annehmen, von denen wir in Deutschland gar keine Ahnung haben. Das Alles sind gewiß Klassenkämpfe erstester Art, darum können Sie England nicht im Auge gehabt haben. Vielleicht Frankreich? Nun gewiß, kein anderes Kulturland hat so viele politische Parteien mehr oder weniger verschiedener Schattirungen aufzuweisen, wie gerade Frankreich. Oder sind Sie der Meinung, daß die Legitimisten in platonischer Liebe für ihre Bourbonen, die Cassagnac's für ihre Napoleoniden, die großen Bourgeois für ihren Thiers schwärmen, im Grunde aber alle Parteien mit der Bourgeoisie auf einer Basis stehen? Wenn das der Fall wäre, dann könnten sich jene Parteien begraben lassen, sie hätten keine Hoffnung, jemals zur Macht zu kommen. Nein, Herr Bamberger, mit platonischen Schmachten kommt man in der Politik nicht weit. Das partikuläre Interesse, das sich dem allgemeinen nur unterordnet, wenn es eben hierdurch gewinnen kann, ist das treibende Motiv alles politischen Handelns. Nicht allein hat das Bürgerthum nie und nirgends andere Klassen aufgezogen, sondern ganz und gar das Gegentheil ist der Fall. Da eben das Kapital sich mehr und mehr in weniger Händen concentriert, so stößt eben dieses Bürgerthum fortwährend einen Theil seiner Angehörigen aus und führt sie dem Proletariat zu; dieses Bürgerthum negirt sich selbst, und Sie glauben, Herr Bamberger, es sauge andere Klassen auf? Diese Regierung des Bürgerthums durch sich selbst liegt in seinem Prinzip, ja macht sein ganzes Prinzip aus. Ebenso wenig kann bei der Bourgeoisie von einem Allgemeinen die Rede sein.

Dank der „freien Concurrerz“, diesem ersten und letzten He-

athenische Volk durch das Attentat so erschreckt worden war. Die angstvolle Wuth der Athener war das sichere Anzeichen der Schwäche des Staates, so stolz derselbe auch nach außen sich zeigte. Nicht der geübte Schwimmer, der sich im Wasser sicher fühlt, sondern der Ertrinkende ist es, der während um sich schlägt.

Des aristokratischen Sparta hätte das demokratische Athen sich wohl erwehrt, wenn es ganz demokratisch gewesen wäre. Aber es war nichts als eine erweiterte Aristokratie, mit dem einzigen Unterschiede zwischen Sparta, daß nicht einige, sondern alle Bürger einer Stadt von der Arbeit Anderer lebten. Die Bundesgenossen, auf denen Athens Macht beruhte, hatten wohl Pflichten, aber kein Recht, kein Interesse, nur die Furcht hielt sie in Botmäßigkeit. Deswegen mußte Athen untergehen, sobald der kleinste Unglücksfall die Bundesgenossen von dieser Furcht befreite. Nicht weil es eine demokratische Verfassung hatte, ist Athen untergegangen, sondern weil es von der Arbeit Anderer lebte.

Die Attentatstollheit hatte gezeigt, wie wohl das Volk von Athen der drohenden Gefahr sich bewußt sei. Der Instinkt hatte es nicht betrogen.

Ein Jahre nach dem Attentat, im Jahre 405, war Athens Macht vernichtet, diejenigen, von deren Arbeit es lebte, hatten ihr Joch abgeworfen.

Das ist keine erfundene Fabel, sondern eine wahre Geschichte. Dies hindert jedoch nicht, daß eine Moral in derselben enthalten ist. Symmachos.

Der Nationalliberalen ABC.

Sie sagten A, sie sagten B:
Dein Wille, Kanzler, stets geschick.
Das hohe C vom Mannesmutz,
Es klang moralisch, rein und gut;
D, E und F, auch manchmal „Fis“
Das stets ein magres Compromiß.
Dann scholl's im Brustton G und H —
Wie trüblich stunden Alle da!
Wir sind das Titelnich vom J
Und unentbehrlich, sagten sie;
Doch ging's im Hausschritt K und L —
Wie juckte Allen schon das Fell —
M, N zumal, dann folgt das O,
Und kronisch ward das Quiproquo.
P, Q, R, Himmel! schon beim S
Geschah was Ungemüthliches;
Die Lippen bebten T und U —
Minister is nich! Hahn in Ruh!
V, W, X und auch Y —
Sichst du, mein Kind, das kommt davon!
Nun betet Jeder gern noch Z,
Wenn er nur sein Mandat schon hätt!

sehe der kapitalistischen Produktionsweise, muß eben jeder Kapitalist in seinem Mitkapitalisten seinen Concurrenten und geborenen Feind erblicken, und so ist es ganz natürlich, wenn jedes Individuum sich soviel wie möglich abschließt, wenn es gar kein Allgemeines giebt, das als gemeinsames Band eines Staates oder nur einer Klasse dienen könnte, wenn somit das Bürgerthum kein einiges, in sich fest organisiertes Staatswesen, ja nicht einmal eine Klasse zu bilden vermag. Auf pag. 36 sagen Sie selbst: „Das Gefühl für die großen Gemeinschaftsinteressen fehlt, Jeder denkt nur an seine kleinen und momentanen Fraktionsgeschäften, das ist — in's Parlamentarische überfetzt — der Fluch der Isolirtheit, des gebundenen, ohnmächtigen Zustandes, welcher durch das ganze nationale Leben geht. Jeder hängt abgesehen von seinem Spiele nach, und das erstreckt sich hinauf bis in die höchsten staatsmännlichen Sphären.“ Wenn Sie geschrieben hätten, Herr Bamberger: „Es ist der Fluch des Bürgerthums, die Isolirtheit, der gebundene, ohnmächtige Zustand . . . wir würden den ganzen Passus Wort für Wort unterschreiben.“

Pag. 21 unterhält uns Herr Bamberger dann von Neuem von all den Verbindungen, die alle möglichen Parlamentartheiten mit uns unterhalten sollen, und zwar sagt der Verfasser, die Verbindungen seien eben für die heutige Gesellschaft so gefährlich, weil die Größe der Gefahr von den Nichtsozialisten gar nicht erkannt werde. Auch hier erfahren wir nichts Neues; ebenso vermüssen wir nähere Angaben des Herrn Bamberger. Er ist doch unzweifelhaft mit der Größe der Gefahr bekannt, warum erweitert er denn den Mitgliedern „der ausgewähltesten Zuhörerschaft“ Deutschlands nicht den „beschränkten Blick“? Nebenbei gesagt, ein schönes Zeugniß für jene ausgewählteste Zuhörerschaft, sie muß sich von einem ihrer Mitglieder wegen ihres beschränkten Blickes tabeln lassen und zwar da, wo es sich um die große Culturfrage unserer Jahrhundert handelt; noch mehr, Herr Bamberger beschuldigt diese ausgewählteste Zuhörerschaft, nicht zu sehen und nicht zu wissen, was im Schoße der eigentümlichen Parteien vorgeht. Das ist schlimm, nicht wahr? „Wo das geistige Leben in Deutschland ohne Mittelpunkt und deshalb ohne Zusammenhang sich in zahllose, dunkle Gänge verzastet, so bleibt es insbesondere den oberen Zehntausend fremd, heißen sie nun Geburts-, Rang- oder Geldaristokratie!“

Also, Herr Bamberger, Sie meinen, das deutsche Geistesleben sei ohne Zusammenhang? Ja wohl, wenn die Bourgeoisie auch dieses für einige Decennien ganz und gar unter ihre Herrschaft bringen könnte, denn allerdings würde auch dieses letzte Band bald zerreißen, das Deutschland innerlich zusammenhielt, als es politisch Schiffbruch gelitten hatte. Dieses letzte Band sollt ihr uns nicht rauben und werdet es nicht, denn zum Glück liegt das Gebiet der Wissenschaft außerhalb der Reichthümer der Bourgeoisie, und gelingen wird es euch nicht, welche Anstrengungen ihr auch machen mögt, auch das geistige Leben Deutschlands eurer Desorganisationswuth zu unterwerfen. Die Titanen haben den Himmel nicht zu stürzen vermocht, ein Blitz und Feuer schleuderte sie in den Abgrund zurück.

Ein lobendes Zeugniß stellt dann Herr Bamberger dem Reichskanzler aus, der, allerdings auch nur durch Zufall, etwas mehr Witterung von den geheimen Kräften hat, welche der sozialistischen Propaganda in Deutschland dienen. Diese an den Reichskanzler adressirte Anerkennung schließt dann gleichzeitig die Anerkennung ein, die Herr Bamberger seinem eigenen Scharfblicke ausstellt; er ist vielleicht der Einzige in Deutschland, jedenfalls Einer der Wenigen, die der sozialistischen Propaganda und den ihr im Geheimen dienenden Kräften auf den Grund sehen, der Reichskanzler „wittert“ nur so etwas davon, die Conservativen u. s. f. Leben in unschuldiger Unwissenheit. Am Schluß dieses Passus schimpft Herr Bamberger wie folgt: „Es hat sich ganz nützlich für uns so gefügt, daß im Lager der Ultramontanen und der Junker einige sozialdemokratische Aufschlepper Dienste genommen.“

In diese sumpfige Niederung der Schimpferei hinabzustiegen, Herr Bamberger, das mag einem Nationalliberalen, dessen Manchesterlehren längst auf's Trodene geseht sind, und der aus all den Gebieten des Wissens nichts mehr zu seinen Gunsten anführen kann, angemessen sein, uns aber kann es nicht passen, Ihnen dahin zu folgen. Wollen Sie auf den lichten Höhen der Wissenschaft und des Denkens mit uns streiten, finden Sie uns bereit; in dem Kothe der Massenbuben-Schimpferei müssen Sie allein, oder mit Ihresgleichen waten; uns begegnen Sie dort nicht. — (Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Harburg. Ein sonderbares Wandver hatte die Welsenpartei am Sonnabend den 20. Juli hier selbst ausgeführt, um Stimmen zu gewinnen. Eine ganze Anzahl bekannter Parteigenossen waren per Karte zu der Versammlung eingeladen, jedoch die Genossen Steffens und Kämpel, von denen man befürchtete interpellirt zu werden, hatte man nicht eingeladen. Da ich gerade Geschäfte hier hatte, so wurde ich ersucht, bis Abend dazubleiben, wo ich dann auch Einlaß erhielt. Wie ich den Saal betrat, war die Versammlung schon eröffnet; dieselbe war wohl von gut 2000 Mann besucht. Wie ich mich aber später überzeugte, war es wohl die Hälfte Sozialdemokraten und die andere Hälfte Deutsch-Hannoveraner. Hätte ich nicht schon vorher gewußt, in welcher Versammlung ich mich befand, so hätte ich unbedingt geglaubt, es sei eine sozialdemokratische. Herr Brinkmann aus Hannover verstand es, in zündenden Worten die Noth der arbeitenden Bevölkerung zu schildern, dieselbe sei hervorgebracht durch den Schwindel der kapitalistischen Produktionsweise. Nach demselben bestieg der Candidat der Partei, Graf Grothe, die Tribüne und entwickelte sein Programm, welches, nach seinen Worten zu urtheilen, nur in einigen Punkten von dem unsrigen abwich. Zuerst erklärte derselbe, für ein Ausnahmegesetz könne er nicht eber stimmen, bis er sich dasselbe angesehen habe. Auf meine Interpellation erklärte derselbe jedoch später, gegen jedes Ausnahmegesetz stimmen zu wollen. Für das Militär wurde eine zweijährige Dienstzeit verlangt, und dann schließlich Umkehr zur Religion; fogar wurde verlangt, die freireligiösen Lehrkräfte aus der Schule zu entfernen und an deren Stelle nur Lehrer anzustellen, welche als obersten Grundsatz die Religion hinstellten. Dies waren die beiden Punkte, über die ich hauptsächlich mit Grothe in Streit gerieth. Als ich Trennung der Kirche vom Staat beanspruchte, erhob sich in der vordersten Reihe, woselbst die Bauern aus der Umgegend placirt waren, ein Standa, den Herr Brinkmann jedoch damit beilegte, als er wörtlich sagte: „Wir befinden uns hier in keiner liberalen Wählerversammlung, wo einem jeden Andersdenkenden das Sprechen unmöglich gemacht wird, wir müssen einen jeden Redner ausprechen lassen, und das thut dieser Herr; übrigens bin auch ich gewohnt, in einer sozialdemokratischen Versammlung stets anständig behandelt zu werden.“ Hierauf vollständige Ruhe. Von anderer Seite meldete sich Niemand zum Wort, und ich kann wohl behaupten,

daß eine solche große Versammlung, wo zwei Parteien in derselben Stärke erschienen sind, derartig friedlich verläuft, etwas sehr Seltenes ist. Wir können zufrieden sein, denn wir sind mit der Ueberzeugung aus dem Saal gegangen, daß uns durch das (vielleicht) beabsichtigte Wandver keine Stimme verloren gegangen ist. B. B.

Borms. Noch in lechter Stunde sehen wir uns genöthigt, einen sozialistischen Candidaten aufzustellen, da ein Radicaler nicht vorgezogen ist. Wir stellen nun für den Wahlkreis Borms-Heppenheim-Wimpfen unseren Genossen August Dreesbach als Reichstagscandidaten auf und ersuchen alle wahren Volkstreunde, demselben ihre Stimme zu geben. Vielleicht ist es noch möglich, daß derselbe eine oder zwei Versammlungen abhalten kann.

Nieder-Ingelheim, 20. Juli. Wie man auf der heftigen Ludwigs-Eisenbahn mit den Arbeitern umgeht, davon will ich Ihnen heute zwei kleine Fälle mittheilen. Einem Arbeiter, Namens Hanselmann von Heidesheim, welcher auf der Güterhalle in Mainz beschäftigt ist, wurde von einer Eisenbahnwagenführer der Daunen an der rechten Hand zerquetscht und zwar ohne sein Verschulden; in Folge dessen war der Mann längere Zeit arbeitsunfähig, und da auf der Güterhalle das Wort „Gesund und hier“ oder „Krank und nicht hier“ üblich ist, so mußte der Mann zu Hause bleiben. Bei seinem Wiederauftreten auf der Arbeit hat der Mann seine Vorgesetzten um seinen während seines Zuhauseins verdienten Lohn. Man bedeutete ihm jedoch kurz, ein Nichtangefestelter habe nichts zu beanspruchen und er hätte in einen Krankenverein gehen sollen. Endlich nach langem Flehen und Bitten erhielt derselbe die Hälfte von dem Gelde, was er während seines Zuhauseins verdient hatte, und zwar als Unterstüßung. Also Bettelbrot muß der Mann essen. — Zur Wilhelmspende. Mit der Subscriptionsliste in der Hand geht heute ein Unterbeamter der heftigen Ludwigs-Eisenbahn, der sich öfters auch als Profosy gebrauchen läßt und nebenbei heute national, morgen Demofrat und am anderen Tage wieder Sozialist ist, bei den Bediensteten und Arbeitern auf der Güterhalle von Mann zu Mann und fordert jeden in sehr zweideutigem Tone auf, seinen Beitrag zur Wilhelmspende zu geben. Die Leute werden geradezu gezwungen, ihre sauer verdienten Pfennige beizusteuern. — Bei der Collecte zur Unterthügung der Hinterbliebenen der auf dem „Großen Kurfürst“ Ertrunkenen wurden von der Hess. Ludwigs-Eisenbahn nach Angabe des „Neuen Mainzer Anzeiger“ auf diese Art 1327 Mark 29 Pf. gefammelt.

Würzburg. In der allgemeinen Drang- und Zwangsperiode eine Correspondenz aus dem schwarzen Würzburg mag unseren Freunden zeigen, daß wir allerorts guten Ruch bewahren und auf dem Posten sind. Wie überall, so weit die deutsche Junge lümpf“ und das Verkommenen Geld einbringt, so sind auch hier die „liberalen“ Zeitungsschreiber gleich nach den beiden Attentaten halb verrückt gewesen. — Wäre diesem Geisteslicht nach Wunsch verfahren worden, Schreiber dieses würde schon seit Wochen als Hiede irgend eines eifrig gefertigten Dreideins in der milden Frankenkluft baumeln. — Izt hat allmählich die Temperatur der zeitungsschreibenden Nationaldisidhadel abgenommen, bereits sind die „ehrenwerthen Herren“ schon so vernünftig geworden, daß sie begreifen: Die Prügel, welche wir den Sozialdemokraten auslegen wollten, fallen auf unseren eigenen Ehrenwerthen. Nun wenn auch der Reich, welcher das psychologische Unglück hat, „liberal“ zu sein, etwas später als die mit gesundem Gehirn begabten Erdenkinder zu Verstande kommt, ist das immerhin besser, als wenn es nicht geschähe. Nota bene hier ist nur von denen gesprochen, welche die grenzenlosen Dummheiten, die sie aus Anlaß der Attentate begingen, wirklich bereuen. Zum Unglück des „Liberalismus“ sind derer nicht sehr viel. Nach allen Anzeichen wird ein großer, wenn nicht der größte Theil des sich „liberal“ nennenden Gemengels mit jammt seiner Presse, der „Neuen Würzburger Zeitung“, in's Lager der Partei Bismarck ohne Pfrase übergehen, und unser schwarzes Semmelschmarrenthum macht sich bereit, die lieben Brüder in Christo, wenn dieselben auch semitischer Ublunft sind, mit offenen Armen zu empfangen; all right. Auf diese Weise wird die Situation bedeutend klarer, und unser längst gehogter Wunsch, die sämmtlichen Reaktionen in einem Stalle vereint zu sehen, erfüllt. Die Reichstagscandidaturen sind bereits aufgestellt, und bleiben dieselben wie bisher. Wir haben als die Ersten Grillenberg wieder aufgestellt. Dann folgten die Schwarzen mit ihrem berühmten Schweizer Fohlen. v. Ju-Rhein; ihnen folgte die Volkspartei mit ihrem Geist, und dann die Nationalliberal-Conservativen mit ihrem bewährten Durchfallscandidaten Reibert, der die Folgen des letzten Durchfalls glücklich überstanden zu haben scheint. Natürlich wird von unseren Gegnern nur im Geheimen gewählt, wie das ja von solchen Raulwurfs-Naturen nicht anders zu erwarten ist. Die Herren wissen recht wohl, daß sie das Licht der Deffentlichkeit nicht vertragen können, und darum sind sie auch gar grimmig über die Art unseres Auftretens und suchen auch uns aus der Deffentlichkeit zu bannen, dadurch, daß sie die Wirthe beeinflussen, uns ihre Vokale zu verweigern. Einige Wochen waren die diebezüglichen Bemühungen unserer Herren Professoren, Doktoren, Offiziere und Beamten auch wirklich von dem gewünschten Erfolge begleitet. Allein unsere Bourgeois und Bureaukraten kennen die Zähigkeit der Sozialisten schlecht. Wir haben jezt wieder zwei Säle zur Verfügung und bereits am letzten Sonntage sangen wir den Herren vor „überfülltem Hause“ ein Lied, daß den ammensenden Gegnern, die sich in gewohnter Manier des Raulhaltens beflüßigten, wohl für einige Zeit die Ohren brummen dürften. — Wie in der Stadt, so verhält sich's auch auf dem Lande; da, wo wir keinen Saal erhalten können, agitiren wir am Viertische, auf der Straße, in der Tenne, kurz überall, wo sich zweitbeimige Gestalten im vorgeschriebenen Alter und vom notwendigen Geschlechte finden lassen. Wir thun also unsere Schuldigkeit, obwohl es kaum 26 Mann sind, die uns zur Unsicherheit des Wahlkreises zur Verfügung stehen. Betrost blicken wir dem Wahltage entgegen und denken, unsere Gegner werden den 30. Juli 1878 noch viel dicker anstreichen müssen, als den 10. Januar 1877. Bei den eigentümlichen Parteiverhältnissen im heftigen Wahlbezirk ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß wir zur Stichwahl gelangen, umso mehr, als namentlich die Landbevölkerung einen ganz entscheidenden Widerwillen gegen den bisherigen Abgeordneten v. Ju-Rhein an den Tag legt, und andererseits den Liberalismus hosti wie die Pest. Unsere Genossen erfüllen ihre Pflicht, mehr kann Niemand thun. Die Wahl wird also bei uns die Rauhshüchden, wie Hausdurchungen, Lokalverweigerungen, polizeiliche Vorladungen, Bernehmungen und sonstige niedliche Kleinigkeiten nicht verlangen, sondern was erst recht bekräften in der Vertheidigung unserer Rechte als Menschen. Also frisch auf, ihr Freunde, zur „Sauhat“, wer weiß ob nicht das Wad zum Jäger wird. C. F. Rid.

Worms. Für den Wahlkreis Worms ist Herr C. W. Tölke in Dortmund als Arbeiter-Candidat aufgestellt, und ersuchen wir alle Genossen, für Verbreitung der Stimmzettel zu

torgen. Man hat uns um die Arbeit gebracht, man hat uns verleumdet und geschmäht, sogar Dr. Lohme findet es nicht unter seiner Würde, uns mit Roth bewerfen zu wollen. Zeigen wir, daß wir uns vor der kolossalen Polizei- und Pfaffenmacht nicht fürchten, welche trotz ihrer großen Uebermacht vor uns erzittert. Es lebe die Sozialdemokratie! Glück auf zur Wahl!

Das Arbeiter-Wahlcomité für den Wahlkreis Bochum.
Monsdorf, 24. Juli. Gestern fand hier eine Versammlung statt, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland zu den Seltenheiten gehören dürfte. Es war eine „Wähler-versammlung“, einberufen von der liberalen Partei; zweitens Berichtserstattung des bisherigen Abgeordneten unseres Kreises (Venney-Wettmann), Herrn Dr. Tschow in Berlin. Nachdem, wie nicht anders zu erwarten, auch die liebe Sozialdemokratie wegen der Attentate ordentlich herhalten mußte, verlangte und erhielt Parteigenosse Gutekunst das Wort. Derselbe konnte ohne Störung die Vertretung der Sozialdemokratie ausführen. Die Versammlung nahm denn auch den schönsten Verlauf und hat gezeigt, daß die sozialistischen Arbeiter recht wohl auch liberale Versammlungen ungestört tagen lassen, wenn die Herren nur so gerecht sind, dem angegriffenen Theil das Recht zur Vertheiligung zu lassen. Als unser Candidat ist Parteigenosse Carl Henning aufgestellt.

Nieder-Ingelheim, 23. Juli. Parteigenossen! An Euch, die Ihr noch Vermögen besitzet, wenden wir uns vorzugsweise, laßt Agitationsnummern und Wahlanrufe und laßt sie verbreiten. In jeder Wohnung, in jeder Hütte, wo Arbeiter wohnen, sind solche willkommen. Laßt sie austragen auf Straßen, Plätzen, Wirtschaften und Eisenbahnen. Ueberall finden wir Arbeiter, und freudig wird man uns empfangen. Also frisch an's Werk und der Lohn wird nicht ausbleiben.

Hannover, 21. Juli. Heute, Sonntag, war die hiesige städtische Feuerwehr Morgens 7 Uhr nach dem hiesigen Schützenhaufe ausmarschirt. Auf dem Schützenplatze ließ der Hauptmann des Corps, Stadtbau-Inspektor Ebeling, einen Kreis formiren und machte der Compagnie die nöthigen dienstlichen Mittheilungen. Sodann forderte er diejenigen Mannschaften, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen, auf, vorzutreten. In richtiger Würdigung der augenblicklichen Verhältnisse und etwaigen Folgen trat selbstverständlich Niemand vor. Sie sehen, daß unsere Gegner sich die größte Mühe geben, die gefährliche und kostspielige Arbeit des Agitirens selbst für uns zu besorgen. — Glück auf zur Wahl! Engere Wahl zwischen Rothem und Gelbem infolge der Zerplitterung der nationalliberalen Partei sehr wahrscheinlich! Genossen, haltet die Ohren steif! P. S.

Fork (Aust), 24. Juli. Am 17. Juli in früherer Morgenstunde fand bei mehreren Genossen Hausung nach Flugblättern statt. Da dieselben noch nicht eingetroffen waren, konnte die Polizei auch keine mitnehmen. In Ermangelung anderer Sachen wurde bei Genossen B. eine Broschüre und eine Rechnung über Drucksachen mitgenommen. Bei den Anderen hatte man gar nichts Staatsgefährliches gefunden. — Am 19. Juli sollte Genosse H. Schmidt, nach Verbüßung seiner viermonatlichen Gefängnisstrafe, hierher zurückkehren, derselbe wurde jedoch als Ausländer sofort nach seinem Heimatlande Oesterreich spedirt. Wir rufen ihm aus der Ferne ein „Glückauf!“ zu.

Karlruhe, Samstag, den 20. Juli, hielten wir im Lokal „zum goldenen Kopf“ eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, zu der sich eine große Anzahl Liberale eingefunden hatte, um ihre ordnungsliebende Gesinnung während der Versammlung, insbesondere bei der Bureauwahl durch ihre standalösen Fußbewegungen zu dokumentiren. Nachdem sie durch Hochs auf den Kaiser die Versammlung vergeblich zu sprengen suchten, brachten sie ihren „Anführer“, Kürschner Stück, für den Vorschlag in Vorschlag. Aber vergebens. Der Vorschlag blieb uns erhalten und war es unserem Referenten Dreesbach möglich, seine Candidatenrede zu halten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen, ebenso wurde die vorhergehende Proclamation des Herrn Dreesbach als Reichstagscandidat durch den Vorsitzenden von der großen Mehrheit mit Freuden begrüßt. W. B.

Oschatz, 25. Juli. Die Wahlbewegung treibt bei uns eigenenthümliche Blüthen; ist es dem sogenannten vereinigten „Ordnungsbrei“ am Sonnabend und Sonntag vor 8 Tagen gelungen, unsere beiden Versammlungen mit Aufbietung aller Kräfte zu sprengen, so erlebten wir heute Abend das interessante Schauspiel, daß die von fortschrittlicher Seite einberufene Wähler-versammlung, in welcher der in letzter Stunde als Dritter im Bunde hier aufgestellte, in Berlin abgegangene Candidat der Fortschrittspartei, Dr. Max Hirsch, sich seinen hiesigen Wählern vorstellen wollte, gar nicht stattfinden konnte. Um 8 Uhr war der große Rathhausaal, der, beiläufig bemerkt, uns trotz wiederholten Versuches noch nie zur Verfügung gestellt wurde, bereits überfüllt; um 1/8 eröffnet Herr Lehrer Arnold die Versammlung und erklärt — man höre und staune — daß der Einberufer ein Herr Seifert in Mügeln sei, und da derselbe trotz aller Mühe nicht zu erlangen, könne die Versammlung nicht stattfinden. Der überwachende Beamte hatte nun weiter nichts zu thun, als die Versammlung im Namen des Reiches aufzufordern, auseinanderzugehen. Die Oshatzbürger und Arbeiter waren abermals genasührt; so muß man es machen, um Stimmen zu werben, die Conservativen werden lachen ob dieses Geniestreiches. Stimmen der höchsten Entrüstung wurden laut: Feigkeit ist es, sie wollen keine Opposition; wenn Habsich nicht hier war, hätte Hirsch schon gesprochen etc. Wir werden dafür sorgen, daß auch diese Versammlung zu unseren Gunsten ausschlägt, wir hoffen, daß sich die Wähler von Oshatz nicht zum dritten Male zum Narren machen lassen.

Göttingen. In dem Wahlkreise Göttingen-Münden-Duderstadt erhielt im Jahre 1877 der sozialistische Candidat W. Fried in Bremen im Ganzen nur 197 Stimmen. Gewählt wurde Herr v. Abelen (hannoverscher Partikularist) mit etwa 7500 Stimmen, während der Candidat der Nationalliberalen etwas über 6000 Stimmen erhielt. Wenn man nun die Thätigkeit des Herrn v. Abelen im Reichstage verfolgt, namentlich seine Abstimmungen nachsieht, so läßt sich nicht leugnen, daß jeder Sozialdemokrat nur wünschen kann, daß dieser Herr wiedergewählt wird (da an einen Sieg des sozialistischen Candidaten hier absolut nicht zu denken ist). Er hat z. B. gestimmt gegen das militärische „Septennat“ von 1874, gegen jede Erhöhung der Steuern, gegen das Sozialisten-Ausnahmegesetz etc. Bekanntlich ist er Hospitant des Centrums. Gegenwärtig stehen nun die Angelegenheiten in unserem Wahlkreise wie folgt: Es sind bis jetzt nur zwei Candidaten aufgestellt, nämlich Herr v. Abelen (hannoverscher Partikularist) und Prof. Henneberg (nationalliberal). Henneberg hat nun in seiner Candidatenrede in Göttingen am 2. Juli ganz ungenirt ausgesprochen: daß er für jedes erfolgreiche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten stimmen werde, ferner gegen das Staatsmonopol, dagegen für eine bedeutend höhere Tabaksteuer und überhaupt für bedeutende Erhöhung der indirekten Steuern zur Befriedigung der Matricularbeiträge, ferner für Aufrechterhaltung des eisernen

Militäretais u. i. w. Herr v. Abelen hat nun in Göttingen, Dransfeld, Hedemünden und Münden sein Programm entwickelt. Er wird im Falle seiner Wiederwahl nach wie vor gegen jedes Ausnahmegesetz, überhaupt für alle sozialistischen Forderungen stimmen. Es wäre gut, wenn die Sozialisten für ihn stimmten. W.

An die Reichstagswähler des Wahlkreises Sorau-Fork.
Bürger, Handwerker, Arbeiter! Nur noch wenige Tage und die Reichstagswähler des deutschen Reiches treten an die Wahlurne. Es wird auch an uns die Pflicht herantreten, zu zeigen, ob der gesunde Sinn im Volke noch ferner bewahrt und erhalten bleibt — oder ob die ganze reaktionäre Masse in Zukunft noch ferner ihr Spiel mit dem Volke, dem Arbeiterstande treiben soll. Ihr Handwerker und Arbeiter werdet mit einem entschiedenen Nein antworten. Noch ist der gesunde Sinn im werththätigen Volke vorhanden. Es sind bis jetzt Männer als Candidaten zum deutschen Reichstage in unserem Wahlkreise aufgestellt worden, welche durchweg der bestehenden Klasse angehören und in- folgedessen auch nicht gewillt sind, die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern. Im Gegentheile haben sich dieselben sämmtlich für die Forderungen der Regierungen ausgesprochen. Männer der Arbeit! Können Ihr jemals solchen Männern Eure Stimme geben, welche für die das arbeitende Volk so furchtbar drückenden Steuerlasten, insbesondere die indirekten, stimmen? Können Ihr Männern Eure Stimme geben, welche dem Volke jede freirechtliche Meinung verkümmern und welche für alle die Volksbewegung unterdrückenden Ausnahmegesetze stimmen? Nein und abermals nein!

Wähler zum deutschen Reichstag! Bedenkt Eure Lage diesmal mehr denn je. Wendet Euch ab von solchen Männern, welche durch falsche Vorspiegelungen versprechen, Eure Lage zu verbessern. Das unterzeichnete Comité erlaubt sich deshalb, den Wählern unseres Kreises einen Mann vorzuschlagen, von welchem wir erwarten können, daß er für die Verbesserung unserer Lage eintritt und welcher sich nicht scheut, die Forderungen der Regierung, welche nicht im volkthümlichen und freirechtlichen Sinne ausfallen, zu bekämpfen.

Dieser Mann ist **Zimmerer Otto Kapell in Hamburg.**
Gebt diesem Eure Stimme, Ihr Handwerker, Arbeiter und Landleute, laßt Euch nicht ferner in das Schlepptau anderer Parteien hineinziehen, welchen es nur darum zu thun ist, bei den kommenden Wahlen Eure Stimmen auf sich zu vereinigen. Wir wollen selbstständig als Partei austreten, als Arbeiterpartei. Darum, Parteigenossen, müthig vorwärts! Agitive in den wenigen Tagen, welche uns noch von der Wahl trennen, ein Jeder von Euch, was in seinen Kräften steht. Trage ein Jeder von Euch wie bisher sein Scherflein dazu bei, damit wir siegreich aus dem Kampfe für die gerechte Sache, für die Befreiung der Menschheit hervorgehen. Hoch lebe die Arbeiterpartei! Wählt am 30. Juli den Volksmann Otto Kapell in Hamburg.

Das Arbeiter-Wahlcomité.
An die Reichstagswähler im Maingau!
Nur noch wenige Tage trennen uns von der Reichstagswahl. Am 30. Juli, von Morgens 10 bis Abends 6 Uhr ist die Zeit, wo die Würfeln fallen. Männer der Arbeit! Handwerker, Arbeiter, Landleute, Kleingewerbetreibende, Beamte! Gebt am 30. Juli nur einem Candidaten der Sozialdemokratie Eure Stimme, einem Manne, der entschieden für Freiheit und Recht einzutreten gefonnen ist. In Frankfurt a. M.: Rudolf Döll in Frankfurt; in Hanau-Gelnhausen-Orb: Karl Frohme in Bodenheim; in Höchst-Usingen: Jakob Schmidt in Frankfurt a. M.

Männer des Volks! Das sind Eure wahren Vertreter, wenn Ihr nicht noch mehr Steuern zahlen wollt, wenn Ihr nicht auch den letzten Funken Freiheit hingeben wollt. Wir allein müssen den Kampf aufnehmen mit der gewaltig herandrängenden Reaction; die Freiheitsmänner der ganzen Welt bliden mit Spannung auf diesen Kampf, darum eilt Alle an die Wahlurne mit Stimmzetteln für die oben bezeichneten Candidaten.
Frankfurt a. M., 23. Juli. K.

Bekanntmachung.
Das unterzeichnete Comité ersucht hiermit alle Genossen des 10., 11., 14. sächsischen Wahlkreises, sowie aller anderen Wahlkreise, Wahlergebnisse ihm am 30. Juli telegraphisch unter der Adresse: „Wahlcomité Leipzig, Bellevue“ zukommen zu lassen und ist bereit, ebenfalls Nachrichten nach auswärts gelangen zu lassen. Zuschriften werden erbeten an G. Lienig, Färberstraße 12 II.
Leipzig, 23. Juli 1878.

Das Centralwahlcomité für den 10., 11., 12. und 14. Wahlkreis.
NB. Wir bitten die auswärtigen Genossen, uns von allen Wahlbeeinflussungen, überhaupt von allen uns in den Weg gelegten Hindernissen sofort Mittheilung zu machen. Dort, wo man Wahlfalschungen befürchtet, theile man uns mit, wer für unsern Candidaten gestimmt hat; Discretion unsererseits selbstverständlich.

Aufforderung.
Wir ersuchen unsere Parteigenossen allerwärts, uns von solchen gegnerischen Wahlflyblättern, welche sich durch besondere Rohheit und Schamlosigkeit auszeichnen, je zwei Exemplare einzusenden, um dieselben unserer Bibliothek als geschichtliches Material einreichen und auch im Reichstage gelegentlich verwenden zu können.
Leipzig, am 24. Juli 1878. Expedition des Vorwärts, Färberstraße 12 II.

Achtung!
Das sozialistische Wahlcomité zu Dresden ersucht alle Parteigenossen, soweit es möglich ist, am Abend des Wahltages ihm per Telegramm das Resultat zukommen zu lassen. Adresse: Schüters, Centralhalle.
NB. Wir unsererseits verpflichten uns ebenfalls, soweit Adressen vorhanden, Telegramme abzusenden.
Das sozialistische Wahlcomité zu Dresden.

Briefkasten.
der Redaction: J. S. in Oberhausen: Sehen Sie sich mit Christian Göttes in Hockfeld bei Duisburg in Verbindung. — R. G. in Weimar: Die „Fackel“ hat die Nachricht gebracht, daß Hölzel das Reichsgesetz nach Berlin von Paris erhalten habe; und unseres Wissens hat Paris, der doch sonst schnell im Prozessiren ist, die „Fackel“ noch nicht verlegt. Die Redaction des obengenannten Blattes wird den Beweis der Wahrheit antreten.
der Expedition: R. Eiben, Oberlungwitz: Das Paket wurde zu frankiren leider übersehen. — B. J. Kohn in Brüssel: Bitten nähere Adresse anzugeben.

Hugo Keller aus Götting wird um seine Adresse gebeten.
Färberstraße.
J. Birkel.

Für die Familie Schubert sind eingegangen: J. A. S. R. D. G. F. in B. 20 R., und der Wittve übergeben worden, worüber hiermit quittirt wird. Weitere Beiträge nimmt entgegen
Kirchberg.
H. Schwedler.

Der Barbiergehülfe Wilhelm Schröder aus Grottoz ist seit 1. October 1877 aus Magdeburg verschollen und sein Aufenthaltsort unbekannt; vielleicht hält er sich entweder in Hamburg oder Bremen auf, oder er ist nach Amerika gegangen. — Sollte Jemand über den Verbleib des p. Schröder Auskunft geben können, so bittet die Braut desselben, seinen jetzigen Aufenthaltsort an die Exped. d. Blattes gelangen zu lassen; etwaige Unkosten werden vergütet.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme des Vorstehenden gebeten.

Unterzeichneter bittet die amerikanischen Parteigenossen und alle Lesere des Vorwärts um die Adresse des Herrn Hermann Hechelmann, Dr. med., im Jahre 1871—72 in Newyork, Amerika.
Rigfelder, III. Hauptstraße 84. Wien.

Den löbl. Allg. Arbeiter-Verein in Janßbrunn bin ich genüthigt nochmals wenn auch nur um kurze Standung zu ersuchen. Meine gegenwärtige Lage löst zum Theil mein Jögern entschuldigen. Mit der Versicherung, alle meine Verpflichtungen ungehäumt zu ordnen, bleibe ich stets noch was ich war.
Theodor Capra, Zürich-Seeleb, Rosenweg 7 part.

Wahlfonds.
Bruder u. Formstecher Dörfel 4 fl. Genossen i. Dörfel 1 fl. 83 kr. D. G. Thante 2 fl. 92 kr. Summa: 8 fl. 75 kr. = M. 15,32.

12. und 13. sächs. Wahlkreis.
(Leipzig-Stadt und Leipzig-Land.)
Am 30. Juli, als am Wahltag, finden
Wahlreste,
verbunden mit Concert und Gesang im
„Bellevue“, Leipzig, Kreuzstraße,
Salon „Germania“, Neufellerhausen
und im
„Deutschen Haus“ zu Lindenau
statt.
Dasselbst werden alle eingehenden Wahlergebnisse bekannt gegeben.
Entrée à Person 15 Pfg.
Es laden die Wähler zu zahlreichem Besuche ein
Die Wahlcomités f. d. 12. u. 13. Wahlkreis.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen ist:
Die Frauen- und Kinderarbeit vor dem Deutschen Reichstage.
Reichstagsreden von J. Motteler.
Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Skadderadatsch.
Eine kritische Glosse von Frd. Werner.
Preis pr. Exempl. 15 Pf.

Männer-Chören
empfehle ich meinen Musikalienverlag, als:
Neu Arbeiter-Lieder.
Vieder Sammlung des Allgem. Arbeiter-Sänger-Bundes. Bf. 1—4.
Drei Soloquartette von G. Scholz.
Ein armer Wandersmann. Bariton Solo mit Piano von G. Scholz. à 50 Pfg.
Preisliste gratis und franco.
Emil Sauerleig in Gotha. [1,10]

Durch die Expedition des „Vorwärts“ ist zu beziehen: [2,10]
Borutian, Religion und Sozialismus M. —40
— Die religiöse Frage und das arbeitende Volk . . . —25
Geiser, Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung . . . —60
Lieblich, Zur orientalischen Frage oder soll Europa . . . —30
soladisch werden . . . —30
— Die Orientdebatte im deutschen Reichstage . . . —30

Für Colporteurs.
Vogel, Verfälschung der Lebensmittel; Engländer, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen und sonst. Parteilichriften liefert soliden Colporteurs u. Wiederverkäufern m. höchstem Rabatt i. Rechn. Rusterendung gratis. G. Müller, Exportbuchh. Berlin, Forsterstr. 55. (4b) (R. 41) [1,80]

Zur Wahlbewegung!
Nieder mit den Sozialdemokraten!
Von W. Bracke.
Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!!
Einzel in Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. In Partien 10 Pf., 50 Stück 4 M., 200 Stück M. 12,50, 1000 Stück 50 M. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 M. Gegen baar oder Postnachschuß. [100]
Braunschweig, 12. Juni 1878. W. Bracke Jr.

Prachtvoll und solid gearbeitete Einbanddecken
(Goldprägung) für die
„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77
sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderi von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurs und Filial-Expeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.
NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuiert von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzler in Leipzig.
Redaction und Expedition Färberstr. 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der G. Menschenbuchdruckerei in Leipzig.

Wegen Wahlarbeiten Verzögerung im Druck eingetreten.